

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/40. Jahrgang

April 2009

Schutzgebühr: 0.30 E

Umsonst ist der Tod? – schön wär's!

Die Friedhofsgebühren in Gießen sollen drastisch angehoben werden. Angeblich decken die Einnahmen aus diesen Gebühren die Ausgaben für Friedhöfe nur noch zu 76%. Aufgrund dieser Unterdeckung wurden neue Preise ausgerechnet, die 2- bis 5-mal so hoch sind wie die bisherigen. Die Kalkulationen der verantwortlichen Rechenkünstler würde man ja gerne mal sehen, das Wohl der Stadtkasse muß da eine größere Rolle gespielt haben als die Mathematik. Weil die Wahl des Oberbürgermeisters bevorsteht, wurde ein Beschluß darüber erst mal vertagt.

Aber warum sollen die Gebühren überhaupt kostendeckend sein, wofür zah-

len wir eigentlich Steuern? Friedhöfe sind keine Privatangelegenheit der dort Begrabenen und ihrer Angehörigen, sondern gesellschaftliche Einrichtungen. Sie sind politisch gewollt und gesetzlich vorgeschrieben – also ist auch ihre Finanzierung eine gesellschaftliche Angelegenheit. Wenn überhaupt könnten die direkten Kosten für eine einzelne Grabstelle als Gebühr berechnet werden; die Kosten der gesamten Anlage – und das dürfte der größte Teil sein – sollten aus Steuermitteln bezahlt werden. Der Grundsatz in der Gemeindeordnung, Gebühren müßten kostendeckend sein, gehört abgeschafft. Viele Gebühren sind verdeckte Kopfsteuern,



Ich hatte das auch- nur viel schlimmer.

mit denen einzelne ohne Berücksichtigung ihrer Finanzkraft für gesellschaftliche Aufgaben zur Kasse gebeten werden. Gernot Linhart



"Wir zahlen nicht für eure Krise"

Großdemonstration von Attac, Gewerkschaften und vielen weiteren Organisationen in Frankfurt (Foto der DKP-Block) mit 25.000 und Berlin mit 30.000 Menschen am 28. März

Theater soll endlich barrierefrei werden!

Wenig Aufregendes gab es auf der letzten Sitzung des Stadtparlaments. Die umfangreichste Debatte wurde über die Verwendung der im Rahmen des Konjunkturpaktes II flüssig werdenden Gelder geführt. Aufgrund des knappen Termins bekam der Magistrat schließlich quasi eine Vollmacht über die Prioritätenliste – einstimmig, mit dem akzeptierten Auftrag, regelmäßig zu berichten. Herausgehoben werden sollte, daß sich in diesem Paket auch die für den barrierefreien Zugang zum Stadttheater notwendige Summe befindet. Dies war lange überfällig!

Zu erwähnen ist auch, daß jetzt die Freien Wähler beantragt haben, die Buslinie 2 bis zu den Rivers (wo sich die GIAG u.a. Ämter des Kreises befinden) zu verlängern. Als erster hatte dies im letzten Jahr Michael Beltz von der Linksfraktion beantragt (vgl. Gießener Echo 7/08); aber die Stadt weigerte sich - damals wie auch heute.

Inhalt:

Betrug! Opel.../Gysi/EU-Wahl	S.2
Demo bei Diakonie/Religionsunterricht	S.3
Tarifrunde Uni-Klinikum/Genmais	S.4
Wer enteignet wen? 2 x "Schaden"	S.5
Memoiren H. Mies/Fisch-Quälerei	S.6
Kath.Kirchen-Moral	S.6
60 Jahre BRD/Leserbriefe	S.7
Termine/kapitalist. Säuferleber	S.8

Für Frieden und Sozialismus! 

Betrug! - Opel und die Volksgemeinschaft

Die abhängig Beschäftigten, die Rentner..., alle sollen für die Krise bezahlen. Auch ALG-II-Bezieher und Geringverdiener werden herangezogen. Es geht um den Standort Deutschland, da heißt es Opfer bringen. (Dies gilt nicht für Ackermann, Zumwinkel und andere Asoziale)

Doch die Krise bei Opel war schon vor dem Auftreten der „Weltwirtschaftskrise“ bekannt. Schon vor zwei, drei Jahren wurde auf Halbe produziert, d.h. Tausende Autos standen herum, ohne einen Käufer zu finden – also eine im Kapitalismus regelmäßig wiederkehrende Überproduktionskrise. Das lag nicht nur am Management oder den unzeitgemäßen Autos.

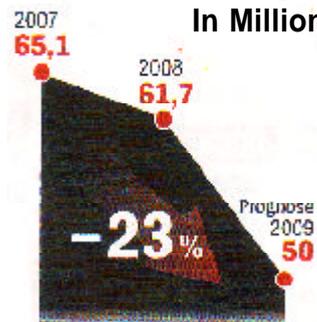
Nun kommen Politiker aus CDU, SPD und andere dem Kapital hörigen Parteien und „streiten“ darüber, wie die Autoindustrie und damit Arbeitsplätze zu retten seien. Das gleiche geschieht bei den Banken; sie rufen nach staatlicher Hilfe oder gar Verstaatlichung. Sie meinen: die Regierung pumpt viel Steuergeld in ihre maroden Unternehmen, um die Anteile später billig an die Banken zu verkaufen. Also: Sozialisierung der Ver-

luste und Privatisierung der Gewinne. Dann wird die Abwrackprämie erfunden. Diese stellt eine Art Konsumgutschein dar, der allerdings nur wenigen Autobesitzern zu Gute kommt. Warum gibt es keine Konsumgutscheine für die Möbel- oder andere -Branchen, die seit Jahren Absatzschwierigkeiten haben? Nun tauchen Fragen bei den Menschen auf, Fragen nach dem System: Gibt es ein anderes Modell als den Kapitalismus?

„Enteignung“, „Vergesellschaftung“, alle die „schlimmen“ Wörter, die zwar Bestandteil von Grundgesetz und Hessischer Verfassung sind, wurden früher nur von Kommunisten benutzt. Jetzt sind sie in aller Munde. Als erste hat es die Commerz- und HRE-Bank getroffen – wenn auch zu äußerst milden Konzessionen. Und weiter? Die chaotische „marktwirtschaftliche“ Produktionsweise hat keine Zukunft; die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse produzieren Krisen, Erwerbslosigkeit und somit die nicht nur finanzielle Verarmung des größten Teils der Bevölkerung.

Notwendig ist eine exakte Planung der Wirtschaft, eine Produktion nach

Weltweiter Fahrzeugabsatz In Millionen...



...bei Produktionskapazität für rund 94 Millionen Fahrzeugen jährlich

den Bedürfnissen der Menschen und nicht nach Profitmaximierung. Notwendig ist auch eine Planung der Arbeit: radikale Verkürzung der Arbeitszeit (bei vollem Lohnausgleich) und Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle.

Wir brauchen eine Gesellschaftsordnung, in der die Menschen bestimmen, was mit ihnen geschieht, in der alle teilhaben am gesellschaftlichen Reichtum. Wir brauchen eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel jenen gehören, die die Werte erschaffen – wir nennen das Sozialismus. Entscheidend ist die Eigentumsfrage.
Michael Beltz

Gysi läßt die Katze aus dem Sack

Wenn alle von Verstaatlichung sprechen, darf er nicht schweigen: Gregor Gysi. Nachdem der Begriff „Sozialismus“ aus dem Parteinamen weg ist, läßt er die Katze aus dem Sack: „Wir sind gegen einen VEB Opel“, sagte Gysi im Interview der Zeitschrift „Super Illu“. „Gegen das Staatseigentum bei der Industrie oder bei Dienstleistern sprechen nicht nur die Erfahrungen aus der DDR, sondern auch in der BRD.“ Allerdings sei er dafür, Opel mit staatlichen Mitteln zu helfen. Nicht der Staat solle dann aber Miteigentümer werden, sondern die Belegschaft schrittweise bis zu 49 Prozent.“ (Tagesthemen 22.3.09). Hatte nicht die PDS die Losung „Privatisierung ist Diebstahl öffentlichen Eigentums“? Und jetzt spricht er sich gegen staatliche Dienstleister aus – wo jeder aus eigener Erfahrung inzwischen lernen konnte, was die Privatisierung, der Bahn, der Post, der Energieversorgung, für die Menschen an Verteuerung und Verschlechterung brachte. Das Kapital wird darob nur froh und dankbar sein.



DKP-Kandidatur zur EU-Wahl steht

4000 Unterschriften wurden gebraucht, um zur Kandidatur zugelassen zu werden. 6000 hatten wir uns selbst zum Ziel gesetzt. Mehr als 7000 lagen bereits vor der selbst gesetzten Frist dem Parteivorstand vor.

Die DKP tritt mir einer 20köpfigen Liste an; sie wird angeführt von dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Leo Mayer (München). Aus Hessen kandidieren: Gebhard Hofner (Platz 3), Eva Petermann (Platz 8), Georg Fülberth (Platz 11), Thomas Knecht (Platz 31).

Recht auf Gleichbehandlung

"Die Glocke stört,
Es stört der Muezzin,
Man bringe sie zum Schweigen,
die wie ihn.

Peter Hacks

DKP solidarisch

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Diakonie und Kirche Hessen-Nassau, die DKP Gießen unterstützt Eure Forderung nach Nachschlag in Höhe von 50 Euro und 5% Lohnerhöhung. Die letzte „Lohnerhöhung“ von 5% bei zwei Jahren Laufzeit unter Abzug von 50% bei den Beschäftigten, die im Bestandschutz stehen, ist ein Hohn. Hier ist daher ein deutlicher Nachschlag mehr als notwendig. Gleichzeitig halten wir es jedoch für notwendig, daß die Diakonie nicht länger den Tarifvertrag der Kommunen unterlaufen kann. Auch hier muss der TVÖD Kommunen/Bund angewendet werden.

Die Zeit der sogenannten Tendenzbetriebe muss beendet werden. Entsprechend dem Betriebsverfassungsgesetz müssen auch bei Diakonie und Kirche Betriebsräte gebildet und volle gewerkschaftliche Betätigung ermöglicht werden. Die DKP Gießen fordert daher schon lange, daß nur solche Träger in der Jugendhilfe und anderswo Leistungsvereinbarungen mit der öffentlichen Hand schließen können, die uneingeschränkt tarifreu sind.

Für Euren Kampf viel Erfolg mit solidarischen Grüßen

Gießen, d. 20. 3. 2009 gez. Erika Beltz

Beschäftigte bei Diakonie und Kirche wehren sich



Rund 280 Beschäftigte von Diakonie und Kirche Hessen-Nassau waren am 21.03. in Gießen (s. Foto) mit ihrer Forderung nach Nachschlag auf der Straße. Im letzten Jahr wurde verkündet, daß es eine Lohnerhöhung von 5% geben werde, mit zwei Jahren Laufzeit und unter Anrechnung von 2,5% auf die Besitzstandswahrung, die für die meisten Beschäftigten gilt. Das heißt eine Lohnerhöhung von 2,5% auf zwei Jahre verteilt, also 1,25% pro Jahr. Diese „Lohnerhöhung“ wurde dann noch durch die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden von den Mitarbeitern finanziert. Mehr als verärgert entstand dann die sicherlich überaus berechnete Nachschlagsforderung von einer Einmalzahlung von 50 Euro plus 5% Lohnerhöhung.

Wieso soll die Erzieherin in der ev. Kita weniger verdienen und dafür länger arbeiten als die Kollegin, die bei der Stadt beschäftigt ist? Wieso soll der Sozialarbeiter im Jugendzentrum unter kirchlicher Trägerschaft weniger verdienen und dafür länger arbeiten

als der Kollege, der bei der Stadt beschäftigt ist? Wieso soll in den Einrichtungen der Diakonie kein Betriebsrat gebildet werden können, sondern mit den sogenannten Mitarbeitervertretungen nur Organe bestehen, deren Bedeutung im wesentlichen daraus besteht: „Schön, dass wir mal darüber geredet haben“. K.S.



Religion ist Privatsache - auch in der Schule

Ministerpräsident Koch, CDU, und Kultusministerin Henzler, FDP, wollen an hessischen Schulen islamischen Religions-Unterrichts einführen und alle stimmen zu – SPD, Grüne, Linke.

„Weil der Staat ihren (den der 60.000 muslimischen Kindern und Jugendlichen) Anspruch nicht erfüllt, bekommen sie ihren Religions-Unterricht in Hinterhof-Koranschulen und von Imamen, denen Deutschlands Sprache und Rechtsordnung fremd sind,“ begründet Henzler von oben herab das Vorhaben. Im Sinne der Gleichbehandlung ist Islam-Unterricht angebracht; im Sinne der verfassungsgemäßen*) Trennung von Staat und Kirche wäre es allerdings richtig, auf jeglichen Religionsunterricht zu verzichten. Statt dessen werden jährlich Milliarden Steuergelder dafür sowie für die Ausbildung und Tätigkeit in klerikalen Berufen ausgegeben. In Schulklassen wird wieder (das war in

den 70er Jahren abgeschafft) vor dem Unterricht gebetet; vor der Einschulung gehen die Kinder gemeinsam in



die Kirche; und wer sich weigert (was sein gutes Recht ist), ist als Außenseiter abgestempelt.

Zu welchen Auswüchsen der vermeintliche „Anspruch“ auf religiöse Kindesindoktrination führen kann, hat kürzlich Pfarrer Lerch, Leiter des Religionspädagogischen Amtes Gießen, gezeigt, indem er sich gegen die Ganztagschule aussprach, weil sie die Gefahr bringe, „die Bildung und die Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen zu vermindern, wenn für das außerschulische soziale Lernen keine Zeit übrig bleibt“ (Gießener Anzeiger, 23.3.09).

Die DKP ist für die strikte Trennung von Staat und Kirche, für das Recht auf freie Religionsausübung ebenso wie auf das Recht, von ihr verschont zu bleiben.

Erika Beltz

*) Es ist Aufgabe von Gesetz oder Vereinbarungen, die staatlichen und kirchlichen Bereiche klar gegeneinander abzugrenzen, Artikel 50, Hess. Verfassung

Tarifikämpfe am Uni-Klinikum

Erneut wurde von der Geschäftsleitung der Uniklinik, jetzt Rhön-Klinikum Marburg/Gießen, in der Verhandlungsrunde zum Tarifvertrag am 24. März kein Angebot vorgelegt. Die Forderung von ver.di und der Tarifkommission für die rund 6.500 Beschäftigten der Uniklinik lautet: 9% Lohnerhöhung oder mindestens 200 Euro. Das angekündigte Angebot blieb aus, offenbar wird der Konflikt gesucht bzw. seine Verschärfung angestrebt.

Dabei geht es um mehr als eigentliche Tarifforderung. Das von Ministerpräsident Koch vollzogene Modellbeispiel der Privatisierung einer Uniklinik - und damit der Verschleuderung von Besitz des Staats an einen großen Konzern - soll Rendite für die Aktionäre bringen. In Gießen und Marburg hat dies zu erheblichem Streß z.B. bei den Beschäftigten in der Pflege geführt; die Stimmung ist im Keller, der Krankenstand hoch. Selbst die Geschäftsführung gibt an, daß rund

300 Stellen abgebaut worden wären, der Betriebsrat spricht von 470 gestrichenen Stellen.

Was ist jedoch gestiegen? Der Gewinn. Auf dem Rücken der Belegschaft wurde der Jahresüberschuß im vergangenen Jahr auf 2,2 Millionen Euro verdoppelt und der Wert des Unternehmens durch umfangreiche Neubauten stark erhöht. 2006: privatisiert, 2007: 1,1 Millionen, 2008 2,2 Millionen verdient.

Die Chancen des Rhön-Konzerns stehen nicht schlecht, seine Bewertung an der Börse ist sehr gut. Die Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ erklärt dazu, daß die Aktie von Rhön-Klinikum ein chancenreiches Investment darstellt.

Wir Kommunisten unterstützen die Forderung der Beschäftigten in vollem Umfang. Wir fordern die Rückführung der Uniklinik Gießen und Marburg in die öffentliche Hand, menschliche Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und gute



Morbus Ulla

Wozu die Aufregung?
Ich versichere Ihnen,
zahlen Sie Ihre Beiträge,
werden Sie nicht krank,
und alles ist in Ordnung

Löhne. Die Gesundheit der Patienten muß wieder in den Mittelpunkt gerückt werden und nicht die Rendite-Erwartung der Aktionäre und die Marktchancen des Konzerns an der Börse.

Vor diesem Hintergrund müssen sich die Beschäftigten vom Rhön-Klinikum Marburg-Gießen auf lange Kämpfe und Auseinandersetzungen gefaßt machen. Es geht um mehr als nur die reine Lohnforderung: hier soll ein Konzern, der damit wirbt, der einzige zu sein, der eine Uniklinik betreibt, beweisen, daß mit Gesundheit und Krankenhäusern dickes Geld zu verdienen ist. K.S.

Fataler Systemfehler

Kapitalismus sofort beenden!
Es sind zu viele Fehler aufgetreten!
Irreparabel!
Sozialismus jetzt starten!

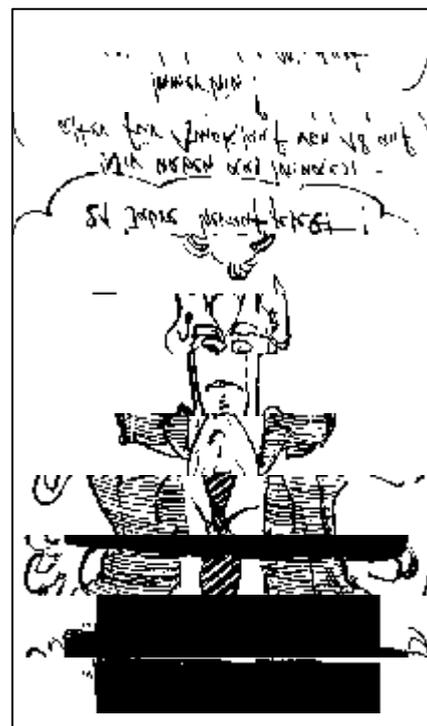
  

Genmais MON810 verbieten!

Jetzt im April ist es wieder soweit: Mais wird ausgesät. Auch in diesem Jahr hat der Agrarkonzern Monsanto wieder Landwirte gefunden, die sein genmanipuliertes Saatgut MON810 ausbringen wollen. Dieser Mais ist die einzige genveränderte Nutzpflanze, deren kommerzieller Anbau in der Europäischen Union zugelassen ist. In vielen Ländern (Frankreich, Spanien, Österreich...) ist er trotzdem verboten. Es gibt viele Belege für die Umweltschädlichkeit dieses Getreides. Es wurde resistent gegen den Schädling Maiszünsler gemacht, indem in der Pflanze selbst ein Insektengift produziert wird. Dieses Gift ist dann in allen Pflanzenteilen enthalten, in den Blüten, den Körnern, dem Grünzeug und auch in den nach der Ernte auf dem Feld verbleibenden

Stümpfen und Wurzeln. Beim Pflügen wird es dann im Boden verteilt. Nachgewiesen ist, daß dieses Gift nicht nur den Maiszünsler tötet, sondern auch andere Insekten. Wahrscheinlich ist es auch schädlich für Säugetiere. Ziemlich viele Nachteile gegenüber dem einzigen Nutzen, dem Verzicht auf äußerlich angewendetes Insektengift. Deswegen wurde die Verwendung dieses Saatgutes im letzten Jahr auch in Deutschland verboten – allerdings erst nachdem die Aussaat beendet war. Umweltverbände fordern in diesem Jahr ein rechtzeitiges Verbot. Es besteht aber große Gefahr, daß es genauso läuft wie damals – pünktlich nach der Aussaat kommt die verspätete Reaktion aus dem Landwirtschaftsministerium.

Gernot Linhart



Wer enteignet wen?

Wenn es nicht so traurig wäre, zumal noch viele Menschen der offiziellen Politik glauben, dass die jetzige Weltwirtschaftskrise durch das Fehlverhalten einiger Raffzähne verursacht sei, müsste man lachen. Da ruft der Bundespräsident, der als früherer Chef des Internationalen Währungsfonds mit den Bankern und Industriellen auf Duzfuß steht, diesen in seiner Berliner Rede dem Sinne nach zu: „Gelle, das macht ihr aber nun nie wieder!“

Dafür bekommt er viel Applaus und die so Ermahnten nicken eifrig und versprechen mit Wilhelm Buschs 'Frommer Helene' im Brustton der Überzeugung: „Ach ja, ja, das woll'n wir nun - auch ganz gewiss nicht wieder tun!“ Buschs Fromme Helene sündigte bekanntlich fröhlich weiter. Die Katze lässt nun mal das Mäusen nicht. Und auch Kapitalisten wären keine, wenn sie anders als Kapitalisten handeln könnten. Nicht weil sie böse Menschen sind, sondern weil die Profitrate „der Stachel der kapitalistischen Produktion“ ist (Karl Marx, Das Kapital, Band III). Und Frau Merkel will uns weismachen, einige Banker und Manager hätten „Mitte und Maß“ verloren. Hätte sie damals auf der Universität im Grundkurs Marxismus-Leninismus aufgepasst, wüsste sie, dass Mitte und Maß der Kapitalisten Profit heißt. Die heutige Krise ist gesetzmäßig aus der Entwicklung des Kapitalismus in seiner Spätzeit erwachsen.

Es ist die dem Kapital innewohnende Schranke, dass es mit wachsender Produktivität zunehmend die Arbeiter überflüssig macht, die seinen Mehrwert schaffen. Damit verengt sich auch die Absatzmöglichkeit für die produzierten Waren. Die Realisierung des Profits scheitert. Wo findet das Kapital profitable Anlage wenn nicht in der Produktion? Es begibt sich auf den Weg des Abenteurers und der Finanzspekulation. In Aktien und Immobilien



Der Gipfel der Ratlosigkeit

treibt es wundersame Scheinblüten. Als letztes Mittel greift der Staat ihm mit lukrativen Rüstungsaufträgen und sonstigen Investitionen unter die Arme. Das tut er nun schon in großem Ausmaß seit Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Heute ist auch der Staat überfordert und schmeißt noch einmal mit Billionen um sich, die er nicht hat. Ob das Wirkung zeigt, weiß niemand. Sollte er die Krise damit noch einmal hin-

Wem gehört die Republik

Die Kassiererin Barbara E. hat 31 Jahre in einem Unternehmen gearbeitet, soll zwei Pfandbons, die Kunden verloren haben, aufgehoben und bei einer Kollegin unrechtmäßig abgerechnet haben.

Deshalb wurde ihr gekündigt - wegen „Vertrauensverlust“. Sie war engagiert für bessere Löhne eingetreten und bezieht inzwischen ALG II.

Georg Funke, Ex-Vorstandsvorsitzender der Hypo Real Estate Bank, die mittlerweile schon viele Milliarden Euro Unterstützungsgelder erhalten hat, um die Pleite zu verhindern, klagt nach seiner Kündigung auf 3,4 Millionen Euro Gehaltszahlung und will jährlich 560 000 Euro Rente. Der angebliche Schaden im ersten Fall 1,30 Euro. Der Schaden im 2. Fall 102.000.000.000 Euro. „Der Teufel schießt halt immer auf den größten Haufen,“ sagte meine Oma. K

ausschieben, hat er die Währung ruiniert. Und die nächste tiefere Krise wird nicht lange auf sich warten lassen.

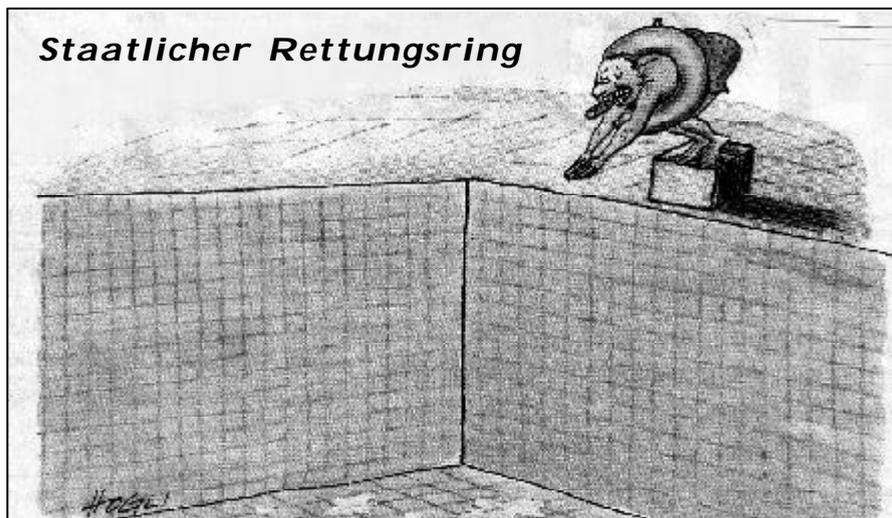
Staaten, und nur Staaten, haben ein Mittel, sich ihrer Schulden mit einem Streich zu entledigen. Das Mittel heißt Währungsreform. Das ist nichts anderes, als die Menschen ihrer Ersparnisse zu enteignen. Letzten Endes geht es nicht um die Frage Enteignung ja oder nein, sondern darum, ob das Kapital die Arbeiter enteignet, oder ob durch die Enteignung der Enteigner eine Gesellschaft möglich wird, in der die Bedürfnisse der Menschen und nicht die Profitraten Stachel der Produktion sind.

Klaus Mewes

Selbständig und Hartz IV

Das sog. Arbeitslosengeld II (Hartz IV) trifft auch auf immer mehr Selbstständige. Das zeigt eine aktuelle Statistik der Bundesregierung. Während bei der Einführung Anfang 2005 noch rund 34.000 Selbstständige zur Aufstockung ihres Einkommens Leistungen bekamen, stieg die Zahl bis Herbst 2008 auf rund 108.000 Personen an. Sie liegt damit fast 3-mal so hoch wie bei der Einführung. Von 100 Selbstständigen sind 2 Arbeitslosengeld-II-Empfänger.

Staatlicher Rettungsring



Memoiren von Herbert Mies erschienen

Er stand 17 Jahre an der Spitze der DKP in der BRD. Auch wenn diese zahlenmäßig nicht groß war und bei Bundestagswahlen marginal blieb, bildete sie einen politischen Kontrapunkt in der antikommunistisch verfassten BRD. Mies, der mit 16 Jahren Kommunist wurde und es blieb, wurde unter diesen Umständen zu einem wichtigen Politiker der Bundesrepublik, ohne je ein Amt in diesem Staat besessen zu haben. In seinen Erinnerungen zieht er selbstkritisch Bilanz. An vieles, was in der offiziellen Geschichtsschreibung der BRD ausgespart wird – etwa die schweren innenpolitischen Konflikte der 50er Jahre mit Straßenschlachten, Verboten, Inhaftierungen etc. –, erinnert der Autor. Er berichtet auch über das Verhältnis zur DDR und deren Führung, das nicht frei von Spannungen war. Mies liefert ein höchst informatives Geschichtsbild aus der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit, des Kalten Krieges und der Krisen der Partei.



Verlag am Park in der Edition Ost, Berlin 2009, 352 Seiten, 19,90 €; wird auf Wunsch (1,40 € Porto) zugeschickt)

Herbert Mies, Jahrgang 1929, unmittelbar nach Kriegsende Eintritt in die Gewerkschaft und in die KPD. 1946 journa-

listische Ausbildung an der Rhein-Neckar-Zeitung in Heidelberg u. a. bei Theodor Heuss.

Besuch der Parteihochschule "Karl Marx", danach, 1950, Leiter der Zentralen FDJ-Schule in Hiersau, von 1953 bis 1956 Vorsitzender der verbotenen westdeutschen FDJ. Wiederholt inhaftiert. Studium in Moskau von 1956 bis 1959. Nach der Rückkehr tätig in der Führung der illegalen KPD, u. a. als Sekretär von Max Reimann.

1968 Mitbegründer der DKP, deren Vorsitzender von 1973 bis 1990 er war. - Rücktritt vom Parteivorsitz nach Herzinfarkt, Rückkehr nach Mannheim. (aus dem Klappentext)

Herbert Mies in Gießen

Oktober 1974: Podiumsdiskussion der DKP in der Kongreßhalle mit den Kandidaten zur Landtagswahl. Auf Foto v. l.: Wolfgang Appel, Erika Beltz, Michael Beltz, Herbert Mies, Axel Brück, Dieter Bender, Michael Huhn



Die DDR lebt



aufgenommen am 27.2.09 in Puerto Madryn

Fisch-Quälerei

Es gibt viele unsinnige EU-Verordnungen; eine der übelsten ist eine Regelung, die angeblich EU-Gewässer vor Überfischung schützen soll. Jeder Fischer erhält eine Quote für eine bestimmte Fischart – er darf nur diese Art und davon nur begrenzte Mengen fangen. Hört sich gut an, hat aber absurde Folgen. Beim Fang einer Fischart läßt es sich nicht vermeiden, daß auch andere Fische ins Netz gehen. Bei seltenen Arten wie Seezungen werden bis zu 10mal so viele andere Fische mitgefangen. Die meisten davon sind ebenfalls wertvolle Speisefische – der Fischer muß sie aber wieder über Bord werfen, denn dafür hat er keine Quote. Wenn einem Heringsfischer mal ein Dorschswarm ins Netz gerät, muß der den komplett wieder ins Meer werfen, und umgekehrt ist es genauso. Viele der zurückbeförderten Fische überleben diese Prozedur nicht. Die Fischbestände werden also nicht geschont, sondern vollkommen sinnlos dezimiert. Mehrere Jahre blieb dieser Unsinn nahezu unbemerkt, inzwischen fordern viele Umwelt- und Tierschutzverbände eine Änderung. Aber die Mühlen der EU mahlen langsam, wahrscheinlich werden noch viele Jahre wertvolle Speisefische weggeworfen.

Gernot Linhart

"Vergewaltigung ist nicht so schlimm wie Abtreibung"

Mit der Wiederaufnahme der Holocaust-leugnenden „Piusbrüder“ in den Schoß der katholischen Kirche hat der Papst außergewöhnlichen Protest hervorgerufen.

Auch in Gießen wurden von Kirchenmitgliedern mehrere Hundert Unterschriften dagegen gesammelt.

Den "Heiligen Vater" hat weder dies, noch die Schelte von Kanzlerin Merkel sonderlich beeindruckt. Im Gegenteil: Während seiner Afrika-Reise im März stellte er seine erzkonservative Gesinnung weitere Male unter Beweis: Er wettete gegen den Gebrauch von Kondomen – auch und gerade als Schutz gegen AIDS, er predigte sexuelle Enthaltsamkeit und erneuerte das Verbot jeglicher Abtreibung – auch bei Vergewaltigung und Inzest.

Und diese von oben gepredigte Amoralität findet konsequente Anwendung. In Brasilien wurde – mit Zustimmung des Papstes – ein neunjähriges Mädchen und seine Mutter exkommuniziert. Ihr „Verbrechen“: bei dem Mädchen, das von seinem Vater vergewaltigt wurde, ist ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen worden – entsprechend den in Brasilien geltenden Gesetzen. Der Vatikan sieht das anders. Er hat Mutter und Tochter nicht nur aus der Kirche rausgeworfen, sondern will der Mutter außerdem ein Verfahren wegen „vorsätzlicher Tötung“ anhängen. Dem Vergewaltiger droht keine Exkommunikation, denn: „Vergewaltigung ist nicht so schlimm wie Abtreibung“, so der Präfekt der Bischofskongregation im Vatikan.

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

6 Stunden-Tag
statt
6 Millionen Arbeitslose

Probexemplare bzw.
10 Wochen gratis-Abo
(endet automatisch):
UZ-Unsere Zeit, Hoffnngstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de

60 Jahre BRD – die vergessene Entstehungsgeschichte

1945 war der Krieg zu Ende. Warum dauerte es vier Jahre bis zur Staatsgründung? Im Potsdamer Abkommen hatten 1945 die Mächte der Antihitlerkoalition (USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich) die völkerrechtlichen Vereinbarungen für Deutschland nach dem Krieg festgelegt: die politische und geographische Neuordnung, seine Entmilitarisierung, die zu entrichtenden Reparationen und der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern. Faschistische Parteien sollten ein für alle Mal verboten sein und bleiben, die Großkonzerne, die Hitler an die Macht gebracht hatten, sollten zerschlagen und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden. Deutschland – in vier Besatzungssektoren aufgeteilt – sollte als ein Staat wieder gegründet werden, der aber neutral sein sollte. Davon rückten die imperialistischen Staaten jedoch bald wieder ab. Sie wollten sich nicht damit abfinden, daß die Sowjetunion, und damit ein Sechstel der Erde, ihrem Einflußbereich entzogen war. Bereits im Oktober 1945 hatte der spätere Kanzler Adenauer gefordert, „aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden“. Hier trafen sich die Interessen der imperialistischen Besatzungsmächte mit denen des deutschen Monopolkapitals. Das Potsdamer Abkommen mußte umgangen werden. Der erste Schritt zu Spaltung erfolgte mit

der Gründung der Bi-Zone am 1.1.1947, im Sommer 1948 folgte die Tri-Zone und am 20 Juni kam mit Einführung der D-Mark die Währungsreform. Am 1. Juli 1948 erging die Aufforderung der westlichen Besatzungsmächte zur Bildung eines Parlamentarischen Rates (ohne Wahlen), der sich am 1. September in Frankfurt konstituierte und eine Separatverfassung ausarbeiten sollte. Das Ergebnis war das Grundgesetz, das seither xmal sukzessive seiner demokratischen und sozialen Substanz beraubt wurde – von der Remilitarisierung, Aufhebung des Asylrechts über die Privatisierung bis zur Kriegsführung. Im Mai 1949 wurde die BRD gegründet, aber noch vorher - im April - wurde zur Durchsetzung der imperialistischen Ziele die NATO gegründet. Die KPD hatte gegen das Grundgesetz gestimmt, weil damit die Spaltung Deutschlands vollzogen wurde. Der KPD-Vorsitzende Max Reimann, der im Parlamentarischen Rat mitarbeitete, sagte aber auch: „Es wird die Zeit kommen, da die Kommunisten das Grundgesetz gegen diejenigen verteidigen werden, die es 1949 durchgesetzt haben.“ Das war sehr bald der Fall. Wenig später gab auch Churchill mit seinem berüchtigtem Spruch „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet“ offen zu, daß er lieber mit Hitler die Sowjetunion besiegt hätte. - Und Adenauer hat



Nach dem Krieg wollte sogar die CDU "einen Sozialismus aus christlicher Verantwortung"

seinen Wahlspruch "lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb" umgesetzt. Ohne ihn hätte es die DDR nicht gegeben. Erika Beltz

Berichtigung

Im letzten Echo ist uns ein gravierender Fehler unterlaufen. Der 8. März war in der DDR zwar ein wichtiger, überall begangener Feiertag, aber kein gesetzlicher Feiertag. Wir bitten um Entschuldigung.

Leserbriefe

"Rentenerhöhung"

Pünktlich zum Wahlkampfgetöse sollen u.a. 20 Millionen Rentner und Rentnerinnen eine Erhöhung der Rente um 2,41% in West- bzw. 3,7% in Ostdeutschland ab 1. Juli erhalten. Dies soll dieses Klientel in einen Kaufrausch versetzen und die Konjunktur ankurbeln. Bei einer überdurchschnittlich hohen Rente von monatlich 1000 Euro sind das 24,10 Euro im Westen und 37 Euro im Osten mehr im Portemonnaie. (Vergl.: Herr Zumwinkel bekommt für seine Missetaten 20 Millionen auf einmal aufs Konto) Nichts wird gesagt über die Teuerungsrate. Vergessen sind die Jahre, in denen die Rente nicht oder nur minimal erhöht wurden. An den zur Zeit ausgesetzten Riesterfaktor will ich erst gar nicht erinnern. Und was wird wohl kommen, wenn die Wahlen gewesen sind? Falk Moldenhauer

200 Jahre Darwin

In diesem Jahr wäre Charles Darwin 200 Jahre alt geworden. Sein Verdienst besteht darin, dass hauptsächlich er die Evolutionstheorie erforscht und entwickelt hat. Danach ist der Mensch nicht von einem höheren Schöpfer (Gott) geschaffen worden, wie es heute wieder vermehrt in den USA von den Kreationisten gelehrt wird. Stattdessen hat sich der Mensch nach Darwin über Millionen von Jahren durch „Anpassung“, auch mittels der Arbeit, an die Umwelt entwickelt. Faschistische Wissenschaftler missbrauchten Darwins Theorie für ihre Zwecke, um ihre Ideologie zu begründen, dass im Kampf jeder gegen jeden, individuell wie zwischen Völkern, sich der Stärkere durchsetzt (Sozialdarwinismus). Solche Theorien, die aus dem Kapitalismus/Imperialismus herrühren, gewinnen heute in Krisenzeiten wieder an Bedeutung. Darwin begründete dagegen, dass ein solidarisches Miteinander die Triebfeder für die Entwicklung der Menschheit ist, deren Ursprung übigens in Afrika liegt und die durch eine 40.000jährige Wanderung nach Europa gelangte. Uwe Moldenhauer

Cuba-Brigade

Im "Giessener Echo" 3/09 wurde auf Seite 7 die diesjährige Internationale Arbeitsbrigade "José Martí" vom 6. – 21. Juli in Cuba angekündigt und als Kontakt die e-mail-Adresse und Website des Cubanischen Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP) angegeben. Für alle, die (noch) nicht spanisch sprechen, gibt's das komplette Programm in deutscher Sprache auf der Homepage der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. (Essen): www.cubafreundschaft.de (Ô Aktionen). Mit internationalistischem Gruß Heinz-W. Hammer

1. Mai - Demonstration und Kundgebung

Party am Vorabend

des 1. Mai im und am Gewerkschaftshaus
Donnerstag, 30. April, ab 19 Uhr

* ab 19:30 Uhr: Kabarett mit **Jane Zahn:**
"Wenn der Aufschwung unten ankommt"

mit Jane Zahn & Marina Reichenbacher

* ab 23 Uhr: **Tanz in den Mai**

mit DJ Scumdoc von UNDERtheGround

* Getränke und Snacks

Demonstration zum 1. MAI

ab 11:45 Uhr vom Brandplatz über die
Marburger Straße, Nordstadt, Asterweg,
Steinstraße, Nord- und Westanlage zur
Schanzenstraße. Vor dem alten Gewerk-
schaftshaus: **Zwischenkundgebung**
zur DGB-Gründung vor 60 Jahren. Dort

spricht **Heinz Nagel**, Gründungsmit-
glied der GEW-Hessen.

Danach weiter zum Kirchenplatz

Maikundgebung

auf dem Kirchenplatz ab 13:00 Uhr

Begrüßung durch: **Ernst Richter**,

Vors. der DGB-Region Mittelhessen

Mairedner: **Robert Feiger**,

Vorstandsmitglied der IG BAU.

Außerdem werden u.a. die Gießener Mon-
tagsdemonstranten ein Grußwort halten.



Liebe Leserinnen und Leser,
diese Zeitung zu machen kostet Geld.

Wir bitten um Spenden, auch
damit wir das Echo weiterhin in hoher
Auflage von 6000 verteilen können.

Gießener Echo

Konto Nr. 193070,

BLZ 51350025,

Sparkasse Gießen

Die Echo-Redaktion dankt herzlich.

Termine der DKP

Mitgliederversammlung:

am Mittwoch, 22. April, um 20 Uhr im
Café Jacobs, Ludwigsplatz

Infostände: Samstag, 9. Mai und
Samstag, 6. Juni, jeweils ab 11 Uhr in
der Fußgängerzone

Jeden Montag, 18 bis 19 h

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

Gießener Montags-Demo:

www.gimode.wordpress.com

Redaktionsschluß für das
Mai-Echo: 30.4.09

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; ver-
antw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise:
monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im
Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 €
Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen,
BLZ 51350025. Eigendruck.

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an:
Gießener Echo, Postfach 110226, 35347
Gießen, Telefon/Fax 0641/32757. E-
Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

<http://www.dkp-hessen.de>

Bitte ausschneiden und einsenden:

Ich möchte:

Informationen zum Thema:

Ich möchte Mitglieder der DKP
kennnenlernen

das Gießener Echo drei Monate
kostenlos zur Probe beziehen

das Gießener Echo abonnieren
und damit zu allen Veranstaltun-
gen eingeladen werden

Name:

.....

Adresse:

Kapitalistische Säuer-Leber

Die Frankfurter Allgemeine (7. März 2009) bringt ein Gespräch mit Polens
Finanzminister Jacek Rostowski. Er sagt, Polen habe in der Krise kein
Ausgaben- sondern ein Sparprogramm beschlossen. Der Minister glaubt
nicht, dass neue Schulden ein altes Schuldenproblem lösen können.
Lassen wir Polens spezielle Situation außen vor. Einige Aussagen des
Ministers treffen ins Schwarze. Die FAZ fragt, ob Polen relativ gut dastehe,
weil es kein Geld ausgegeben habe, das es nicht hat.

Roskowski: „Nein. Wir sind nur später gestartet. Der Kapitalismus hat bei
uns erst vor 20 Jahren begonnen. Wir hatten einfach nicht die Zeit, so viel
Schulden zu machen... Wir sind da wie ein Zwanzigjähriger, der vielleicht
zwei Gläschen zu viel genommen hat, während westliche Ökonomien mich
an alte Männer erinnern, deren Lebern nach unendlich vielen Gelagen längst
hinüber sind.“ Solche Lebern sind bekanntlich nicht heilbar. Fiete Krümel!

Osteraktionen der Friedensbewegung 2009

Ostersamstag in Gießen

11 Uhr Kirchenplatz

Die Friedensbotschafter sind in der Stadt
und fordern den Abzug aus Afghanistan

Ostermontag in Frankfurt

11.30 Uhr, Eschersheim, Ostermarsch
nach Frankfurt

13.00 Uhr Abschlußkundgebung auf dem
Römerberg

FEST DER SOLIDARITÄT
19.-21. Juni 2009
Dortmund Revierpark Wischlingen



Eintritt frei; der Button
zu 5 € dient zur Finan-
zierung des Festes. -
Wer helfen will (z.B. mit
Schichten im Hessen-
zelt), bitte melden. Es
gibt wieder die Möglic-
keit neben dem Festge-
lände zu zelten. Weite-
re Infos (Mitfahrgelegen-
heit..) über das Echo.

Freitag abend:

Konstantin Wecker,

Samstagabend:

Dietrich Kittner